Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
3003 Bern

19. Januar 2016

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 14. Oktober 2015 das Bundesgesetz über die Verbesserung des Schutzes gewaltbetroffener Personen zur Vernehmlassung zugestellt. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen. Wir nehmen dazu wie folgt Stellung.

1. Ausgangslage

Die Gesetzesvorlage wird grundsätzlich begrüsst. Die neuen Bestimmungen setzen die politischen Ziele im strafrechtlichen Gewaltschutz um, berücksichtigen die aktuelle Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und stehen in Übereinstimmung mit dem von der Schweiz unterzeichneten Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention).

2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

2.1 Änderungen im Zivilgesetzbuch

Art. 28b Abs. 3^{bis} ZGB

Die Mitteilungspflichten für Entscheide des Zivilrichters wurden im Kanton Solothurn bereits im kantonalen Recht in § 37^{sexies} Abs. 3 des Gesetzes über die Kantonspolizei vom 23. September 1990 (KapoG; BGS 511.11) geregelt. Gemäss Art. 28b ZGB i.V.m § 37^{sexies} Abs. 3 KapoG teilt der Richter seinen Entscheid den betroffenen Personen, dem Haftrichter und der Kantonspolizei unverzüglich mit. Eine Mitteilung an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ist bisher nicht vorgesehen, wird aber als gute Ergänzung begrüsst. Wir sind der Meinung, dass es den Kantonen via kantonales Recht und gestützt auf die jeweils neuen Entwicklungen weiterhin möglich sein soll, zusätzliche Mitteilungspflichten zu begründen. Entsprechend schlagen wir vor, die Regelung nicht abschliessend auszugestalten.

Art. 28c ZGB

Die Einführung der Möglichkeit zur Anordnung einer elektronischen Überwachung erscheint uns richtig. Da aber Fälle, in denen sich die gewaltausübenden Personen nicht an die Verfügung über das Annäherungs-, Orts- und Kontaktverbot halten, erfahrungsgemäss nicht besonders häufig sind, ist darauf zu achten, dass die elektronische Überwachung nicht zur Regel wird. Entsprechend ist der in der Bestimmung abgebildeten Voraussetzung, dass diese Massnahme nur in

Ausnahmefällen bzw. nach Massgabe des Verhältnismässigkeitsprinzips angeordnet werden darf, konsequent zur Durchsetzung zu verhelfen.

2.2 Änderung des Art. 55a StGB

Die Revision des Art. 55a StGB hat eine Erweiterung des Ermessensspielraums der Strafbehörden zur Folge. So trifft nach der vorgeschlagenen Bestimmung nicht mehr das Opfer allein die Entscheidung darüber, ob das Verfahren fortgesetzt wird, sondern letztlich die Strafbehörden. Diese kann auch gegen den Willen des Opfers ausfallen. Wir befürworten den erweiterten Ermessensspielraum zwar, sehen dabei aus Optik des Opferschutzes aber auch Risiken.

Durch die Erweiterung des Ermessensspielraums der Strafbehörden wird das Selbstbestimmungsrecht der Opfer eingeschränkt, welches in aller Regel die eigene Situation und Gefahrenlage gut einschätzen kann. Es ist leider nicht ausgeschlossen, dass das Fortführen eines Strafverfahrens erneut zu häuslicher Gewalt gegenüber dem Opfer führt. Dieses Risiko und die Einschätzung des Opfers dazu müssen durch die Strafbehörden zwingend bei der Entscheidungsfindung miteinbezogen werden. Entsprechend sollen klare Kriterien festgesetzt werden, in welchen Fällen ein Verfahren gegen den Willen des Opfers fortgeführt werden darf. Dies ist auf geeigneter Stufe zu ergänzen.

Die Anhörung des Opfers nach Art. 55a Abs. 5 StGB ist unverzichtbar, auch wenn dies für die Strafbehörden einen erheblichen Mehraufwand mit sich bringen wird. Diese ist umso wichtiger, wenn die oben genannte Erweiterung des Ermessensspielraums der Strafbehörden zur Umsetzung gelangen soll. Dabei muss es aber die Regel sein, die Anhörung jeweils mündlich durchzuführen, wenn das Opfer nicht anwaltlich vertreten ist. Eine schriftliche Anhörung ist erfahrungsgemäss gerade beim oft fehlenden Zugriff auf die Post oder bei Bestehen sprachlicher Barrieren nicht umsetzbar.

Wir danken Ihnen noch einmal für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Für allfällige Rückfragen steht Ihnen Frau Monica Sethi Waeber, Abteilungsleiterin soziale Förderung und Generationen, monica.sethi@ddi.so.ch, gerne zur Verfügung.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Roland Fürst
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber